

27. Juni 2014

## Resolution

---

### **"Ein starker Service public – damit die Schweiz funktioniert"**

---

Die Verbandskonferenz fordert ein Ende der Sparprogramme in Kantonen und Gemeinden und prangert die Umverteilung an. Steuersenkungs- und Sparfundamentalismus ist reine Politik der Umverteilung von unten nach oben. Von Steuersenkungen profitieren nahezu ausschliesslich Menschen mit hohen bis sehr hohen Einkommen und Vermögen. Die Suppe auslöffeln müssen aber sozial schlechter gestellte Menschen, indem Sozialleistungen gekürzt werden.

Die Sparprogramme schwächen den Service public, der ein Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Schweiz ist. Ein starker Service public braucht genügend finanzielle Ressourcen und gute Arbeitsbedingungen um mit der Bevölkerungsentwicklung, technologischen Neuerungen und veränderten Bedürfnissen Schritt zu halten. Wegen der Sparprogramme besonders gefährdet sind die Gesundheitsversorgung, Bildung und Betreuung: Die Bevölkerungsentwicklung erfordert mehr Ressourcen in diesen Bereichen und eine Besserstellung des Personals.

Der öffentliche Dienst ist nicht einfach ein Kostenfaktor. Er erbringt die von der Bevölkerung gewünschten Leistungen, garantiert viele Arbeitsplätze und vergibt Aufträge ans Gewerbe. Es ist nicht die Frage, einen möglichst billigen, sondern einen qualitativ guten, für die Gesellschaft zweckdienlichen öffentlichen Dienst zu haben. Das kostet, aber generiert Wertschöpfung und Wohlbefinden. Statt Sparpakete braucht es Investitionen in den Service Public!"

Wo dagegen auf das Finanzloch - bei Bund, Kantonen und Gemeinden - nur mit Sparpaketen, Stellenabbau und Druck auf die Mitarbeitenden reagiert wird, müssen immer weniger Leute immer mehr leisten.

---

## **Service Public auch beim Handwerk wahren und stärken !**

---

Die handwerklichen Mitarbeitenden sind im Service public eine wichtige Stütze, denn sie garantieren die Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur. Ohne seriöse Gebäudewartung würden zum Beispiel in Verwaltungsgebäuden und Schulhäusern, in Spitälern und Heimen schnell untragbare Zustände herrschen. Grünanlagen, Strassen, Wasser- und Abwasserwerke würden ohne fachlich fundierten und qualitativ hochstehenden Unterhalt verlottern und die Steuerzahler teuer zu stehen kommen.

Die Verbandskonferenz lehnt Sparmassnahmen, Privatisierungen und Personalabbau im Handwerkssektor strikte ab. Sparmassnahmen sind in diesem Bereich unverzeihlich. Regelmässige Aus- und Weiterbildung ist für Handwerkerinnen und Handwerker unabdingbar. Bei Arbeitsplatzbewertungen sind handwerkliche Fähigkeiten höher zu gewichten und der erheblichen Beschwerlichkeit vieler handwerklicher Berufe muss Rechnung getragen werden. Die Mindestlöhne sind auf ein existenzsicherndes Niveau zu erhöhen.

## **Vorsorgereform**

---

Die Delegierten der Verbandskonferenz nehmen Verschlechterungen bei den Renten nicht hin. Wir wollen nicht, dass unsere Renten nur kleiner werden und wir aber dafür immer mehr bezahlen müssen. Eine Reform der Altersvorsorge, die zu einem Abbau bei den Renten führt, ist nicht akzeptabel. Es braucht deshalb eine Neugewichtung von 1. und 2. Säule. Die Bundesverfassung schreibt vor, dass die Altersvorsorge „die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise“ zu gewährleisten hat. Damit auch Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen dieses Verfassungsziel erreichen, ist eine Stärkung der 1. Säule durch höhere AHV-Renten unverzichtbar. Daher unterstützt die Verbandskonferenz die gewerkschaftliche Volksinitiative „AHVplus“, die eine lineare Erhöhung der AHV-Renten vorsieht.